

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft**

**zu der Mitteilung des Rechnungshofs  
vom 3. Juli 2014 – Drucksache 15/5408**

**Denkschrift 2014 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des  
Landes Baden-Württemberg;  
hier: Beitrag Nr. 8 – Berufliche Schulen und duale Ausbildung**

#### Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Von der Mitteilung des Rechnungshofs vom 3. Juli 2014 zu Beitrag Nr. 8 – Drucksache 15/5408 – Kenntnis zu nehmen.
- II. Die Landesregierung zu ersuchen,
  1. den unmittelbaren Einstieg der Schülerinnen und Schüler in das duale Ausbildungssystem zu forcieren;
  2. bei den einjährigen gewerblichen Berufsfachschulen auf eine Anrechnungspflicht hinzuwirken;
  3. bei der zweijährigen Berufsfachschule auf eine angemessene Anrechnung der vermittelten beruflichen Grundbildung hinzuwirken;
  4. dem Landtag über das Veranlasste bis 30. Juni 2015 zu berichten.

23. 10. 2014

Der Berichterstatter:

Dr. Reinhard Löffler

Der Vorsitzende:

Karl Klein

## Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beriet die Mitteilung Drucksache 15/5408 in seiner 49. Sitzung am 23. Oktober 2014. Als *Anlage* ist diesem Bericht eine Anregung des Rechnungshofs für eine Beschlussempfehlung des Ausschusses an das Plenum beigefügt.

Der Berichterstatter für den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft legte dar, der Rechnungshof stelle fest, dass aufgrund der verbesserten Ausbildungsplatzsituation immer weniger vorgeschaltete Vollzeitbildungsgänge benötigt würden. Ferner seien in den ein- und zweijährigen Berufsfachschulen die durchschnittlichen jährlichen Kosten der Lehrkräfte je Schüler mehr als doppelt so hoch wie in der Berufsschule. Dies gehe darauf zurück, dass die Berufsfachschule im Gegensatz zur Berufsschule in Vollzeit beschule. Außerdem weise der Rechnungshof darauf hin, dass die Ausbildungsbetriebe die in den ein- und zweijährigen Berufsfachschulen vermittelte berufliche Grundbildung nicht durchgängig anrechneten.

Das Kultusministerium schließe sich dem Beschlussvorschlag des Rechnungshofs (*Anlage*) an. Die SPD-Fraktion könne diesen Beschlussvorschlag ebenfalls mittragen, insbesondere auch deshalb, weil das Land bereits entsprechende Modellversuche auf den Weg gebracht habe.

Ein Abgeordneter der CDU äußerte, auch seine Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag des Rechnungshofs zu. Unternehmensvertreter führten in Gesprächen mit ihm oft an, dass Jugendliche noch nicht über die notwendige Ausbildungsreife verfügten, damit die Ausbildung verkürzt werden könne. Seines Erachtens sollten die Kammern die Ausbildungsbetriebe aber noch einmal auf die Möglichkeit hinweisen und dafür werben, die Ausbildung zu verkürzen. Allerdings könnten die Unternehmen dazu nicht gezwungen werden.

Ein Abgeordneter der Grünen unterstrich, er schließe sich den Ausführungen seiner beiden Vorredner im Wesentlichen an. Der Rechnungshof verweise in seinem Denkschriftbeitrag unter dem Abschnitt „Ausgangslage“ auf Jugendliche, die noch nicht die notwendige Ausbildungsreife besäßen. Dies gelte unabhängig davon, ob Jugendliche einen Schulabschluss hätten oder nicht. Über dieses Thema müsse gesprochen werden.

Daraufhin stimmte der Ausschuss dem Beschlussvorschlag des Rechnungshofs (*Anlage*), wie vom Vorsitzenden ohne Widerspruch festgestellt, einstimmig zu.

05. 11. 2014

Dr. Reinhard Löffler

**Anlage**

**Rechnungshof  
Baden-Württemberg**

**Denkschrift 2014  
Beitrag Nr. 8/Seite 71**

**Anregung**

**für eine Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft**

**zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 3. Juli 2014 – Drucksache 15/5408**

**Denkschrift 2014 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes  
Baden-Württemberg;  
hier: Beitrag Nr. 8 – Berufliche Schulen und duale Ausbildung**

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Von der Mitteilung des Rechnungshofs vom 3. Juli 2014 zu Beitrag Nr. 8 – Drucksache 15/5408 – Kenntnis zu nehmen.
- II. Die Landesregierung zu ersuchen,
  1. den unmittelbaren Einstieg der Schülerinnen und Schüler in das duale Ausbildungssystem zu forcieren;
  2. bei den einjährigen gewerblichen Berufsfachschulen auf eine Anrechnungspflicht hinzuwirken;
  3. bei der zweijährigen Berufsfachschule auf eine angemessene Anrechnung der vermittelten beruflichen Grundbildung hinzuwirken;
  4. dem Landtag über das Veranlasste bis 30. Juni 2015 zu berichten.

Karlsruhe, 16. Oktober 2014

gez. Max Munding

gez. Dr. Georg Walch